

1. Sitzung des Gemeinderates

- öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 14.05.2020

Sitzungsort:

Bürgerhaus großer Saal

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Manfred Axenbeck Saran Diané Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Raphael Gutmann Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Johannes Mecke Dr. Stephanie Moser Gertrud Mörike Klara Mörike Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Philipp Schwarz Jutta Schödl Heide Veit Thomas Weingärtner Johann Zehetmair Stefan Zehetmair		
	Simone Spratter	

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlt heute das Gemeinderatsmitglied Frau Spratter.

Vor Einstieg in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende die Änderung der Reihenfolge der öffentlichen Tagesordnung bekannt.

Des Weiteren werden vor Behandlung der Tagesordnung die ausgeschiedenen Gemeinderäte sowie die weiteren Bürgermeister offiziell verabschiedet.

Der Vorsitzende gibt zudem bekannt, dass Herr Wolfgang Schwaiger ab 01.05.2020 die Aufgabe des Seniorenbeauftragten der Gemeinde Unterföhring übernimmt.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

1

24

Vereidigung der neu gewählten ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder

Den neu in den Gemeinderat gewählten Gemeinderatsmitgliedern ist der in Art. 31 Abs. 4 Gemeindeordnung (GO) vorgeschriebene Eid abzunehmen, der in religiöser Form oder unter Weglassung der Worte „so wahr mir Gott helfe“ (sogenannter bürgerlicher Eid) abgeleistet bzw. durch Gelöbnisabnahme ersetzt werden kann.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass jedem neuen Gemeinderatsmitglied der Eid einzeln abgenommen wird, da dies heute ein besonderer Tag ist und dieser Anlass entsprechend gewürdigt werden soll.

Jedes neue Gemeinderatsmitglied bekommt zusätzlich die Unterföhringer Nadeln überreicht.

Der Erste Bürgermeister nimmt den neu gewählten Gemeinderatsmitgliedern in alphabetischer Reihenfolge

Frau Saran Diane
Herr Raphael Gutmann
Frau Claudia Leitner
Frau Klara Möricke
Frau Dr. Stephanie Moser
Frau Heide Veit
Herr Stefan Zehetmair

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

jeweils einzeln den Eid mit folgender Eidesformel ab:

*„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern.
Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen.
Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe.“*

Alternative 1:

Der Eid kann auch ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

*„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern.
Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen.
Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen.“*

Alternative 2:

Erklärt ein Gemeinderatsmitglied, dass es aus Glaubens- und Gewissengründen keinen Eid leisten könne, so hat es an Stelle der Worte „ich schwöre“ die Worte „ich gelobe“ zu sprechen oder das Gelöbnis mit einer dem Bekenntnis seiner Religionsgemeinschaft oder der Überzeugung seiner Weltanschauungsgemeinschaft entsprechenden, gleichwertigen Beteuerungsformel einzuleiten.

*„Ich gelobe Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern.
Ich gelobe, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen.
Ich gelobe, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen.“*

AZ 0240
Hauptamt

2 24 **Beschlussfassung über die Zahl und die Rechtsstellung der weiteren Bürgermeister/innen**

Art. 35 Abs. 1 GO wird bekannt gegeben, wonach der Gemeinderat aus seiner Mitte für die Dauer seiner Amtszeit einen oder zwei weitere Bürgermeister/innen wählt.

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 24:0

Der Gemeinderat beschließt gemäß Art. 35 Abs. 1 GO als Stellvertreter des Ersten Bürgermeisters zwei weitere Bürgermeister/innen zu wählen.
Die weiteren Bürgermeister/innen sind ehrenamtlich tätig.

Der erste Stellvertreter des Ersten Bürgermeisters führt die Amtsbezeichnung „Zweiter Bürgermeister oder Zweite Bürgermeisterin“ der zweite Stellvertreter führt die Amtsbezeichnung „Dritter Bürgermeister oder Dritte Bürgermeisterin“.

AZ 0252
Hauptamt

3

24

Wahl des Zweiten Bürgermeisters / der Zweiten Bürgermeisterin

Der Bürgermeister gibt den Wortlaut des Art. 35 Abs. 2 GO und Art. 51 Abs. 3 GO bekannt.

Für die Durchführung der Wahl wird ein Wahlausschuss mit dem Ersten Bürgermeister als Vorsitzenden und den beiden anwesenden Angestellten Herr Lothar Kapfenberger und Herr Felix Kinzinger als Beisitzer gebildet.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Wahlen **geheim** durchgeführt werden; die aufgestellten Wahlkabinen sollen benutzt werden.

Gewählt ist nach Art. 51 Abs. 3 GO, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint. Erhält keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, so tritt Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen ein.

Für das Amt des Zweiten Bürgermeisters / der Zweiten Bürgermeisterin werden folgende Vorschläge eingebracht:

Fraktion / Gruppe	Vorschlag
PWU	Herrn Manuel Prieler
SPD	Herrn Philipp Schwarz

Bei der in geheimer Abstimmung durchgeführten Wahl des Zweiten Bürgermeisters wurden 24 Stimmzettel abgegeben, wovon 24 gültig waren.

Von den 24 gültigen Stimmen entfielen auf Gemeinderatsmitglied Herr Philipp Schwarz - 12 Stimmen und auf Gemeinderatsmitglied Herr Manuel Prieler – 12 Stimmen.

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Nachdem kein Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern statt. Art. 51 Abs. 3 Satz 3 u. Satz 6 GO

Im zweiten Wahlgang (Stichwahl) wurde wieder eine geheime Abstimmung zur Wahl des Zweiten Bürgermeisters durchgeführt. Es wurden 24 Stimmzettel abgegeben, wovon 24 gültig waren.

Von den 24 gültigen Stimmen entfielen auf Gemeinderatsmitglied Herr Philipp Schwarz - 11 Stimmen und auf Gemeinderatsmitglied Herr Manuel Prieler – 13 Stimmen.

Gemeinderatsmitglied Herr Manuel Prieler ist damit zum Zweiten Bürgermeister gewählt, da dieser mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Auf Befragen erklärt Herr Manuel Prieler, dass er die Wahl annimmt.

Der Erste Bürgermeister gratuliert Herrn Manuel Prieler zur Wahl zum Zweiten Bürgermeister.

AZ 0252
Hauptamt

4 24 Wahl des Dritten Bürgermeisters / der Dritten Bürgermeisterin

Der Bürgermeister gibt den Wortlaut des Art. 35 Abs. 2 GO und Art. 51 Abs. 3 GO bekannt.

Für die Durchführung der Wahl wird ein Wahlausschuss mit dem Ersten Bürgermeister als Vorsitzenden und den beiden anwesenden Angestellten Herr Lothar Kapfenberger und Herr Felix Kinzinger als Beisitzer gebildet.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Wahlen **geheim** durchgeführt werden; die aufgestellten Wahlkabinen sollen benutzt werden.

Gewählt ist nach Art. 51 Abs. 3 GO, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint. Erhält keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, so tritt Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen ein.

Für das Amt des Dritten Bürgermeisters / der Dritten Bürgermeisterin werden folgende Vorschläge eingebracht:

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Fraktion / Gruppe	Vorschlag
CSU	Herrn Manfred Axenbeck
Bündnis 90/Die Grünen	Herrn Johannes Mecke
SPD	Herrn Philipp Schwarz

Bei der in geheimer Abstimmung durchgeführten Wahl des Dritten Bürgermeisters wurden 24 Stimmzettel abgegeben, wovon 24 gültig waren.

Von den 24 gültigen Stimmen entfielen auf das Gemeinderatsmitglied Herr Manfred Axenbeck 5 Stimmen,
Herrn Johannes Mecke 11 Stimmen und
auf Herrn Philipp Schwarz 8 Stimmen.

Nachdem kein Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen statt. Art. 51 Abs. 3 Satz 3 u. Satz 6 GO

Somit findet eine Stichwahl zwischen Herrn Johannes Mecke und Herrn Philipp Schwarz statt.

Im zweiten Wahlgang (Stichwahl) wurde wieder eine geheime Abstimmung zur Wahl des Dritten Bürgermeisters durchgeführt. Es wurden 24 Stimmzettel abgegeben, wovon 23 Stimmen gültig waren. Ein Stimmzettel war leer und somit ungültig. Art. 51 Abs. 3 Satz. 4 GO

Von den 23 gültigen Stimmen entfielen auf Gemeinderatsmitglied Herrn Philipp Schwarz - 9 Stimmen und auf Gemeinderatsmitglied Herrn Johannes Mecke – 14 Stimmen.

Gemeinderatsmitglied Herr Johannes Mecke ist damit zum Dritten Bürgermeister gewählt.

Auf Befragen erklärt Herr Johannes Mecke, dass er die Wahl annimmt.

Der Erste Bürgermeister gratuliert Herrn Johannes Mecke zur Wahl zum Dritten Bürgermeister.

AZ 0252
Hauptamt

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

5 24 **Vereidigung des/der Zweiten und des/der Dritten Bürgermeisters/in**

Im Anschluss an die Wahl und nach erfolgter Annahme der Wahl (Art. 9 KWBG) sind die weiteren Bürgermeister nach Art. 27 KWBG entsprechend zu vereidigen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Diensteid jedem weiteren Bürgermeister einzeln abgenommen wird, da dies heute ein besonderer Tag ist und dieser Anlass entsprechend gewürdigt werden soll.

Dem / Der neu gewählten Zweiten Bürgermeister/Zweiter *Bürgermeisterin* und dem Dritten Bürgermeister/Dritte *Bürgermeisterin* nimmt der Erste Bürgermeister den nach Art. 27 Abs. 1 Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen (KWBG) vorgeschriebenen Diensteid mit folgender Eidesformel ab:

„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.“

Alternative ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“

„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“

Alternative anstelle der Worte „ich schwöre“ die Worte „ich gelobe“

Ich gelobe Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“

AZ 025
Hauptamt

6 24 **Festlegung der weiteren Stellvertreter/-innen**

Im Vorgriff zum Erlass der Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2020 bis 2026 soll die weitere Stellvertretung geregelt werden.

Von der Verwaltung wird vorgeschlagen, für den Fall der gleichzeitigen Verhinderung des Ersten Bürgermeisters, des Zweiten Bürgermeisters / der Zweiten Bürgermeisterin und des Dritten Bürgermeisters / der Dritten Bürgermeisterin nach Art. 39 Abs. 1 Satz 2 GO weitere Stellvertreter in der Reihenfolge nach dem dienstältesten Gemeinderatsmitglied, bei Gleichstellung die älteste Person, festzusetzen.

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Gemeinderatsmitglieder Frau Dr. Moser und Frau Diané haben zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 22:0

Für den Fall gleichzeitiger Verhinderung des Zweiten Bürgermeisters/ der Zweiten Bürgermeisterin und des Dritten Bürgermeisters / der Dritten Bürgermeisterin wird nach Art. 39 Abs. 1 Satz 2 GO die weitere Stellvertretung in der Reihenfolge nach dem Dienstältesten Gemeinderatsmitglied, bei Gleichstellung die älteste Person, festgesetzt.

Diese Regelung ist in die Geschäftsordnung des Gemeinderats 2020 – 2026 entsprechend aufzunehmen.

AZ 0242
Hauptamt

7 24

Erlass der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts

Der Erste Bürgermeister stellt fest, dass der Satzungsentwurf allen Gemeinderatsmitgliedern mit der Sitzungseinladung vom 05.05.2020 zugestellt wurde.

Folgende Änderungen sind in der Satzung eingearbeitet worden:

-die Bezeichnung des Umwelt und Energieausschusses wurde auf Umwelt-, Digital- und Energieausschuss abgeändert

-In § 2 Abs. 2 wurde mit aufgenommen, dass der Rechnungsprüfungsausschuss aus sieben Gemeinderatsmitgliedern besteht.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Diané hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 23:0

Der Gemeinderat beschließt den Erlass der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts in der Anlage die zum Bestandteil des Protokolls erklärt wird.

AZ 024
Hauptamt

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

8 24 **Erlass der Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2020 - 2026**

Mit Sitzungseinladung vom 06.05.2020 wurde allen Gemeinderatsmitgliedern die vom Bayerischen Gemeindetag erarbeitete Mustergeschäftsordnung sowie der Vorschlag der Verwaltung zur Geschäftsordnung inkl. Anlage 1 gestellt.

Gemäß Art. 45 Abs. 1 GO ist der Erlass der GeschO eine Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis, die alle sechs Jahre wieder ansteht, weil mit Ablauf der Wahlzeit des Gemeinderats auch die jeweilige GeschO des alten Gemeinderats außer Kraft tritt.

Der neue Gemeinderat muss nicht eine völlig neue GeschO erlassen, er kann durch ausdrücklichen Beschluss die GeschO des alten Gemeinderats wieder in Kraft setzen.

Es ist auch zulässig, die alte GeschO entsprechend anzupassen bzw. abzuändern und per Beschluss in Kraft treten zu lassen.

Die Gemeinderatsmitglieder wurden per E-Mail vom 14.04.2020 aufgefordert bis zum Stichtag 30.04.2020 etwaige Änderungswünsche, Ergänzungen, Streichungen etc. der bisherigen Geschäftsordnung der Verwaltung mitzuteilen.

Es sind bis zum Stichtag 30.04.2020 keine Eingaben von Gemeinderatsmitgliedern bei der Verwaltung eingegangen.

Mit Schreiben vom 11.05.2020 beantragte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ergänzung um den Namen Digital im Umwelt- und Energieausschuss, sodass dieser dann Umwelt-, Digital- und Energieausschuss heißt.

Dem Gemeinderat wird empfohlen, zunächst die Fortgeltung der Regeln der Geschäftsordnung des alten Gemeinderats zu beschließen um den Inhalt der künftigen Geschäftsordnung und die zur Auswahl stehenden Möglichkeiten hinreichend diskutieren zu können.

Beschluss: 24:0

Der Gemeinderat genehmigt die als Beilage beigefügte Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2020 bis 2026 inkl. der Anlage 1 mit folgenden Änderungen:

- § 5 Absatz (1) wird das Sitzverteilungsverfahren in „**Sainte-Laguë/Schepers Verfahren**“ abgeändert.
- § 5 Absatz (2) wird durch folgenden Satz abgeändert: Für jedes Ausschussmitglied werden für den Fall seiner Verhinderung zwei Stellvertreter namentlich bestellt.

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

- § 5 wird um den Absatz (5) ergänzt, wonach für alle Ausschüsse mindestens einmal im Quartal eine Sitzung einzuberufen ist. Zu Beginn eines Kalenderjahres werden die Termine für alle Ausschusssitzungen festgelegt.
- § 21 Absatz (1) wurde um folgenden Satz ergänzt: Einladung, Tagesordnung und weitere Unterlagen können ergänzend auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden, soweit Gründe der Geheimhaltung nicht entgegenstehen
- in der Anlage 1 zur Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2020 – 2026 wurde unter dem Ausschuss Umwelt-; Digital- und Energieausschuss unter Punkt c) folgende vorbereitende Aufgabe aufgenommen: „Ausbau der Onlineangebote, Evaluierung der gemeindlichen Website und Vorberatung zu Möglichkeiten digitaler Bürgerbeteiligung“

- siehe Beilage -

AZ 024
Hauptamt

24 Bildung und Besetzung von Ausschüssen:

AZ 0242
Hauptamt

9 24 Bildung und Besetzung von Ausschüssen: Bildung von Ausschüssen und Anzahl der Ausschussmitglieder

Der Bürgermeister schlägt vor, in der Amtszeit 2020 – 2026 folgende Ausschüsse zu bilden:

- Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss
- Finanzausschuss
- Jugend- und Kulturausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Wohnungs- und Sozialausschuss
- Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

Der Rechnungsprüfungs- und der Finanzausschuss sollen vorbereitend tätig sein. Die übrigen Ausschüsse sollen auch beschließend tätig sein.

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Die Ausschüsse werden nach dem Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren (Höchstzahlverfahren) vergeben. Die Ausschüsse sollen mit je acht Ausschussmitgliedern besetzt werden. Der Rechnungsprüfungsausschuss wird gemäß Art. 103 Abs. 2 GO (Gemeindeordnung) mit sieben Mitgliedern besetzt.

Das Berechnungsbeispiel zur Sitzverteilung in den Ausschüssen wurde dem Gemeinderat mit den Sitzungsunterlagen zugestellt.

Beschluss: 24:0

Der Gemeinderat beschließt die Bildung folgender Ausschüsse:

- Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss
- Finanzausschuss
- Jugend- und Kulturausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Wohnungs- und Sozialausschuss
- Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

Die Ausschüsse werden mit acht Ausschussmitgliedern zuzüglich dem Vorsitzenden besetzt. Der Rechnungsprüfungsausschuss wird mit sieben Ausschussmitgliedern besetzt. Den Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss übernimmt ein vom Gemeinderat bestimmtes Gemeinderatsmitglied, in den übrigen Ausschüssen hat der Erste Bürgermeister oder V. i. A. den Vorsitz (Art. 33 Abs. 2 GO).

Die Berechnung zur Sitzverteilung in den Ausschüssen erfolgt nach dem Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren. Haben Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet die größere Zahl, der bei der Gemeinderatswahl auf die Wahlvorschläge der betroffenen Parteien oder Wählergruppen, abgegebenen Stimmen (Gesamtstimmenergebnis).

AZ 0242
Hauptamt

10

24

Bildung und Besetzung von Ausschüssen; **Besetzung der Ausschüsse**

Die Zusammensetzung der Ausschüsse regelt der Gemeinderat in seiner Geschäftsordnung. Gemäß §2 Abs. 2 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts bestehen die Ausschüsse aus dem Vorsitzenden sowie acht ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern.

Gemäß Art. 103 Abs. 2 GO (Gemeindeordnung) besteht der Rechnungsprüfungsausschuss aus mindestens drei und höchstens sieben Mitgliedern. Ein Ausschussmitglied wird zum Vorsitzenden bestimmt. Art. 33

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Abs. 2 findet keine Anwendung – deshalb ist der Bürgermeister nicht kraft Gesetz Vorsitzender dieses Ausschusses. Aufgrund des in der Geschäftsordnung festgesetzten Berechnungsverfahrens für die Ausschussbesetzung ergibt sich für den Rechnungsprüfungsausschuss folgende Sitzverteilung:

CSU-Fraktion	1 Sitz
PWU-Fraktion	3 Sitze
SPD-Fraktion	2 Sitze
Bündnis 90/Die Grünen	1 Sitz

Auf Vorschlag der Fraktionen werden gemäß Art. 33 Abs. 1 GO die Ausschüsse mit folgenden Gemeinderatsmitgliedern besetzt:

Beschluss: 24:0

Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Manfred Axenbeck	Marianne Rader	Lorenz Ilmberger

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Simone Spratter	Udo Guist	Klara Mörike
Hans Zehetmair	Dr. Günther Ernstberger	Gertrud Mörike
Günter Peischl	Stefan Zehetmair	Manuel Prieler

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Philipp Schwarz	Sabine Fister	Raphael Gutmann
Thomas Weingärtner	Albert Kimberger	Sabine Fister
Jutta Schödl	Heide Veit	Saran Diané

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aus dem Vorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Gisela Fischer	Johannes Mecke	Dr. Stephanie Moser

Finanzausschuss

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Marianne Rader	Lorenz Ilmberger	Claudia Leitner

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Manuel Prieler	Hans Zehetmair	Udo Guist
Gertrud Mörike	Günter Peischl	Stefan Zehetmair
Dr. Günther Ernstberger	Klara Mörike	Simone Spratter

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Thomas Weingärtner	Jutta Schödl	Albert Kirnberger
Sabine Fister	Philipp Schwarz	Heide Veit
Raphael Gutmann	Albert Kirnberger	Saran Diané

Aus dem Vorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Johannes Mecke	Dr. Stephanie Moser	Gisela Fischer

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Jugend-, und Kulturausschuss

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Claudia Leitner	Marianne Rader	Manfred Axenbeck

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Klara Mörike	Manuel Prieler	Udo Guist
Hans Zehetmair	Gertrud Mörike	Günter Peischl
Simone Spratter	Dr. Günther Ernstberger	Stefan Zehetmair

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Heide Veit	Thomas Weingärtner	Albert Kirnberger
Saran Diané	Sabine Fister	Philipp Schwarz
Jutta Schödl	Raphael Gutmann	Thomas Weingärtner

Aus dem Vorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Dr. Stephanie Moser	Johannes Mecke	Gisela Fischer

Rechnungsprüfungsausschuss

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Lorenz Ilmberger	Marianne Rader	Claudia Leitner

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Dr. Günther Ernstberger	Gertrud Mörike	Simone Spratter
Stefan Zehetmair	Udo Guist	Hans Zehetmair
Günter Peischl	Klara Mörike	Manuel Prieler

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Sabine Fister	Thomas Weingärtner	Heide Veit
Albert Kirnberger	Jutta Schödl	Philipp Schwarz

Aus dem Vorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Dr. Stephanie Moser	Gisela Fischer	Johannes Mecke

Zum Vorsitzenden wird das Gemeinderatsmitglied Frau Sabine Fister und zu ihrer Stellvertretung wird das Gemeinderatsmitglied Herr Dr. Günther Ernstberger benannt.

Wohnungs- und Sozialausschuss

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Manfred Axenbeck	Claudia Leitner	Lorenz Ilmberger

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Manuel Prieler	Günter Peischl	Dr. Günther Ernstberger
Udo Guist	Simone Spratter	Hans Zehetmair
Klara Mörike	Stefan Zehetmair	Gertrud Mörike

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Sabine Fister	Jutta Schödl	Raphael Gutmann
Philipp Schwarz	Albert Kirnberger	Saran Diané
Heide Veit	Thomas Weingärtner	Jutta Schödl

Aus dem Vorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Gisela Fischer	Dr. Stephanie Moser	Johannes Mecke

Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

Aus dem Vorschlag der CSU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Claudia Leitner	Lorenz Ilmberger	Marianne Rader

Aus dem Vorschlag der PWU-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Gertrud Mörike	Hans Zehetmair	Klara Mörike
Udo Guist	Simone Spratter	Dr. Günther Ernstberger
Stefan Zehetmair	Manuel Prieler	Günter Peischl

Aus dem Vorschlag der SPD-Fraktion:

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Albert Kirnberger	Sabine Fister	Philipp Schwarz
Jutta Schödl	Thomas Weingärtner	Heide Veit
Saran Diané	Raphael Gutmann	Sabine Fister

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aus dem Vorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglied	Stellvertreter 1	Stellvertreter 2
Johannes Mecke	Gisela Fischer	Dr. Stephanie Moser

AZ 0242
Hauptamt

24 Bestellung von Verbandsräten in Zweckverbänden:

AZ 024
Hauptamt

11 24 Bestellung von Verbandsräten in Zweckverbänden: Bestellung der Verbandsräte und deren Stellvertreter im Zweckverband Staatliche Realschule Ismaning

Gemäß Art. 31 Abs. 2 und Abs. 3 KommZG ist neben den „geborenen“ Verbandsrat, dem Ersten Bürgermeister, ein „gekorener“ Verbandsrat in die Zweckverbandsversammlung zu entsenden. Die Vertretung des geborenen Verbandsrates richtet sich nach der Gemeindeordnung, während für den gekorenen Verbandsrat ein Stellvertreter zu benennen ist.

Für das Amt des 2. Verbandsrat im Zweckverband Staatliche Realschule Ismaning wurden folgende Vorschläge eingebracht:

Fraktion / Gruppe	Vorschlag	Stellvertreter/in
CSU	-	-
Bündnis 90 / Die Grünen	Dr. Stephanie Moser	-
SPD	Sabine Fister	-
PWU	-	-
FDP	-	-

Aufgrund mehrerer Vorschläge als 2. Verbandsrat wird in alphabetischer Reihenfolge abgestimmt.

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Frau Sabine Fister SPD
Frau Dr. Stephanie Moser Bündnis 90 / Die Grünen

Beschluss: 21:3

Gemeinderatsmitglied Frau Sabine Fister wird zum 2. Verbandsrat für den Zweckverband Staatliche Realschule Ismaning bestellt.

Beschluss: 24:0

Gemeinderatsmitglied Frau Dr. Stephanie Moser wird zum Stellvertreter des 2. Verbandsrates für den Zweckverband Staatliche Realschule Ismaning bestellt.

AZ 024
Hauptamt

12 24

Bestellung von Verbandsräten in Zweckverbänden; **Bestellung der Verbandsräte und deren Stellvertreter im Zweckverband** **Staatliches Gymnasium Garching**

Gemäß Art. 31 Abs. 2 und Abs. 3 KommZG ist neben den „geborenen“ Verbandsrat, dem Ersten Bürgermeister, ein „gekorener“ Verbandsrat in die Zweckverbandsversammlung zu entsenden. Die Vertretung des geborenen Verbandsrates richtet sich nach der Gemeindeordnung, während für den gekorenen Verbandsrat ein Stellvertreter zu benennen ist.

Für das Amt des 2. Verbandsrat im Zweckverband Staatliches Gymnasium Garching wurden folgende Vorschläge eingebracht:

Fraktion / Gruppe	Vorschlag	Stellvertreter/in
CSU	-	Marianne Rader
Bündnis 90 / Die Grünen	-	-
SPD	-	-
PWU	Gertrud Mörike	-
FDP	-	-

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 24:0

Gemeinderatsmitglied Frau Gertrud Mörike wird zum 2. Verbandsrat für den Zweckverband Staatliches Gymnasium Garching bestellt.

Als Stellvertreterin des 2. Verbandsrates für den Zweckverband Staatliches Gymnasium Garching wird das Gemeinderatsmitglied Frau Marianne Rader bestellt.

AZ 024
Hauptamt

13 24

Bestellung von Verbandsräten in Zweckverbänden:
Bestellung der Verbandsräte für den Zweckverband Kommunale
Schwangerenberatung für die Region München Nord/Ost

Gemäß Art. 31 Abs. 2 und Abs. 3 KommZG ist neben den „geborenen“ Verbandsrat, dem Ersten Bürgermeister, ein „gekorener“ Verbandsrat in die Zweckverbandsversammlung zu entsenden. Die Vertretung des geborenen Verbandsrates richtet sich nach der Gemeindeordnung, während für den gekorenen Verbandsrat ein Stellvertreter zu benennen ist.

Für das Amt des 2. Verbandsrat im Zweckverband Kommunale Schwangerenberatung für die Region München Nord/Ost wurden folgende Vorschläge eingebracht:

Fraktion / Gruppe	Vorschlag	Stellvertreter/in
CSU	-	-
Bündnis 90 / Die Grünen	-	-
SPD	Heide Veit	-
PWU	-	Klara Mörike
FDP	-	-

Beschluss: 24:0

Gemeinderatsmitglied Frau Heide Veit wird zum 2. Verbandsrat im Zweckverband Kommunale Schwangerenberatung für die Region München Nord/Ost bestellt.

Gemeinderatsmitglied Frau Klara Mörike wird zur Stellvertreterin

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

des 2. Verbandsrats für den Zweckverband Kommunale
Schwangerenberatung für die Region München Nord/Ost bestellt.

AZ 024
Hauptamt

24 **Bestellung von Vertretern der Gemeinde in Verbänden, Vereinen,
Gesellschaften und Gremien;**

AZ 024
Hauptamt

24 **Bestellung von Vertretern der Gemeinde in Verbänden, Vereinen,
Gesellschaften und Gremien;**
Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München

Die Gemeinde ist in verschiedenen Verbänden, Vereinen, Gesellschaften und
Gremien vertreten. Gemäß Art. 38 i.V.m. Art. 39 GO vertritt der Erste
Bürgermeister die Gemeinde nach außen.

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München

Die Gemeinde ist Mitglied im Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum
München und wird dort durch den Ersten Bürgermeister vertreten.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 024
Hauptamt

14 24 **Bestellung von Vertretern der Gemeinde in Verbänden, Vereinen,
Gesellschaften und Gremien;**
Verein zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete

Die Gemeinde ist in verschiedenen Verbänden, Vereinen, Gesellschaften und
Gremien vertreten. Gemäß Art. 38 i.V.m. Art. 39 GO vertritt der Erste
Bürgermeister die Gemeinde nach außen.

Verein zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete

Die Gemeinde ist Mitglied im Verein zur Sicherstellung überörtlicher Erho-
lungsgebiete und wird dort durch den Ersten Bürgermeister vertreten.
Die Vertretung erfolgt nach der Gemeindeordnung.

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Für das Amt des 2. Verbandsrat der Gemeinde im Verein zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete wurden folgende Vorschläge eingebracht:

Fraktion / Gruppe	Vorschlag	Stellvertreter/in
CSU	Claudia Leitner	-
Bündnis 90 / Die Grünen	-	-
SPD	-	Jutta Schödl
PWU	-	-
FDP	-	-

Beschluss: 24:0

Zum 2. Vertreter der Gemeinde im Verein zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete wird Gemeinderatsmitglied Frau Claudia Leitner benannt.

Zur Stellvertreterin des 2. Vertreters der Gemeinde im Verein zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete wird Gemeinderatsmitglied Frau Jutta Schödl benannt.

AZ 310
Hauptamt

Bestellung von Vertretern der Gemeinde in Verbänden, Vereinen, Gesellschaften und Gremien: **Europäische Metropolregion München e.V.**

24

Die Gemeinde ist in verschiedenen Verbänden, Vereinen, Gesellschaften und Gremien vertreten. Gemäß Art. 38 i.V.m. Art. 39 GO vertritt der Erste Bürgermeister die Gemeinde nach außen.

Europäische Metropolregion München e. V.

Die Gemeinde ist Mitglied bei der Europäischen Metropolregion München e. V. und wird dort durch den Ersten Bürgermeister vertreten.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 310
Hauptamt

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

24 **Bestellung von Vertretern der Gemeinde in Verbänden, Vereinen,
Gesellschaften und Gremien;
Bayerische Akademie für Fernsehen**

Die Gemeinde ist in verschiedenen Verbänden, Vereinen, Gesellschaften und Gremien vertreten. Gemäß Art. 38 i.V.m. Art. 39 GO vertritt der Erste Bürgermeister die Gemeinde nach außen.

Bayerische Akademie für Fernsehen

Die Gemeinde ist Mitglied in der Bayerischen Akademie für Fernsehen und wird dort durch den Ersten Bürgermeister vertreten.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Hauptamt

24 **Bestellung von Vertretern der Gemeinde in Verbänden, Vereinen,
Gesellschaften und Gremien;
Baugesellschaft München-Land GmbH**

Die Gemeinde ist in verschiedenen Verbänden, Vereinen, Gesellschaften und Gremien vertreten. Gemäß Art. 38 i.V.m. Art. 39 GO vertritt der Erste Bürgermeister die Gemeinde nach außen.

Baugesellschaft München-Land GmbH

Die Gemeinde ist Mitglied bei der Baugesellschaft München-Land und wird dort durch den Ersten Bürgermeister vertreten.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Hauptamt

15 24 **Bestellung von Vertretern der Gemeinde in Verbänden, Vereinen,
Gesellschaften und Gremien;
Kuratorium der Jugendfreizeitstätte FEZI**

Die Gemeinde ist in verschiedenen Verbänden, Vereinen, Gesellschaften und Gremien vertreten. Gemäß Art. 38 i.V.m. Art. 39 GO vertritt der Erste Bürgermeister die Gemeinde nach außen.

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Kuratorium der Jugendfreizeitstätte FEZI

Hierzu sind vier Vertreter der Gemeinde namentlich zu benennen.

Der Erste Bürgermeister ist Vertreter kraft Gesetzes.

Es werden folgende weitere Vertreter vorgeschlagen:

Für das Kuratorium der Jugendfreizeitstätte FEZI wurden folgende Vorschläge eingebracht:

Fraktion / Gruppe	Vorschlag
CSU	Claudia Leitner
Bündnis 90 / Die Grünen	Dr. Stephanie Moser
SPD	Saran Diané
PWU	Klara Mörike

Beschluss: 24:0

Die Gemeinde wird im Kuratorium der Jugendfreizeitstätte FEZI vertreten durch:

Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier
Gemeinderatsmitglied Frau Claudia Leitner,
Gemeinderatsmitglied Frau Dr. Stephanie Moser,
Gemeinderatsmitglied Frau Saran Diané,
Gemeinderatsmitglied Frau Klara Mörike

Hauptamt

Bestellung von Vertretern der Gemeinde in Verbänden, Vereinen, Gesellschaften und Gremien; **Aufsichtsratsmitglieder der GEOVOL Unterföhring GmbH**

16 24

Die Gemeinde ist in verschiedenen Verbänden, Vereinen, Gesellschaften und Gremien vertreten. Gemäß Art. 38 i.V.m. Art. 39 GO vertritt der Erste Bürgermeister die Gemeinde nach außen.

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aufsichtsratsmitglieder der GEOVOL Unterföhring GmbH

Für die GEOVOL Unterföhring GmbH sollen für die Amtsperiode 2020 – 2026 vier Mitglieder aus dem Gemeinderat (ein Gemeinderatsmitglied je Fraktion) sowie Herr Prof. Dr. Greulich bestellt werden.

Folgende Vorschläge wurden eingebracht:

Fraktion / Gruppe	Vorschlag
CSU	Lorenz Ilmberger
Bündnis 90 / Die Grünen	Johannes Mecke
SPD	Albert Kirnberger
PWU	Manuel Prieler

Beschluss: 24:0

Aufsichtsratsvorsitzender bleibt, wie bisher, der Erste Bürgermeister.

Mitglieder des Aufsichtsrats:

Gemeinderatsmitglied Herr Lorenz Ilmberger,
Gemeinderatsmitglied Herr Johannes Mecke,
Gemeinderatsmitglied Herr Albert Kirnberger,
Gemeinderatsmitglied Herr Manuel Prieler,

_____,
Herr Prof. Dr. Helmut Greulich, Ismaning, verbleibt als Aufsichtsratsmitglied.
Eine schriftliche Zustimmung von Herrn Prof. Dr. Helmut Greulich liegt bereits vor.

Hauptamt

17

24

Ausstattung der Gemeinderatsmitglieder mit Tablets / Notebooks

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderats vom 26.06.2014, Nr. 48 in dem beschlossen wurde, dass dem Gemeinderat zur Legislaturperiode 2014-2020 ein Sitzungsprogramm sowie Tablets zu dienstlichen Zwecken zur Verfügung gestellt werden.

Das Sitzungsprogramm „RIS“ der Firma Komuna hat sich bei der täglichen Arbeit als sehr benutzerfreundlich bewährt und soll auch weiterhin in der Praxis zum Einsatz kommen.

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat hat sich in seiner Beschlussfassung am 26.06.2014, Nr. 48 für die Anschaffung von Tablets der Marke Samsung Galaxy 10.1 LTE ausgesprochen.

Aufgrund der fortschreitenden Technik sind die derzeit vorhandenen Tablets aufgrund der aktuellen Sicherheitsrichtlinien nicht mehr zu empfehlen. Des Weiteren sind diese auch nicht mehr Stand der Technik.

Seitens der Verwaltung wird empfohlen, neue Tablets mit dem aktuellen Stand der Technik sowie den entsprechenden Vorrichtungen zu beschaffen. Gerade aufgrund der aktuellen Coronakrise wird in allen Bereichen auf Digitalisierung vieler Vorgänge etc. gesetzt. Mit der Beschaffung von neuen Tablets könnte man auch hier eine Vereinfachung und effizientere Kommunikation bzw. Umsetzung erreichen.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, für jeden Gemeinderat ein Tablet der Marke Apple – iPad Pro 12`9 zu beschaffen. Die Kosten pro Tablet inkl. Zubehör belaufen sich auf ca. 1.800,00 € brutto.

Alternativ können seitens der Gemeinderatsmitglieder Vorschläge für die künftigen Endgeräte eingebracht werden.

Die Verwaltung wird im Anschluss an diese Beschlussfassung ein detailliertes Angebot einholen und dies dem Gemeinderat zur endgültigen Entscheidung vorlegen. Des Weiteren wird im Vorfeld eine Abfrage stattfinden, welche Gemeinderatsmitglieder eine Nutzung bzw. den Erhalt des Tablets ausschlagen.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat nimmt den oben genannten Sachverhalt zur Kenntnis und spricht sich für das Tablet iPad Pro 12`9 Zoll aus. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt entsprechende Angebote einzuholen und dies dem Gemeinderat in einer seiner nächsten Sitzungen zur Entscheidung vorzulegen.

AZ 0240
Hauptamt

18

24

Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Beschluss: 24:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2020, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Hauptamt

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

19 24 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024
Hauptamt

19 24 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 05/2020 Bekanntgabe Fraktionssprecher des Gemeinderats 2020 - 2026

Der Vorsitzende gibt die Fraktionsvorsitzenden / Fraktionsvorsitzende und deren Stellvertretung der jeweiligen Fraktion bekannt.

Es werden benannt:

➤ **CSU**

Fraktionsvorsitzender / Fraktionsvorsitzende:
Manfred Axenbeck

stellv. Fraktionsvorsitzender / stellv. Fraktionsvorsitzende:
Marianne Rader

➤ **SPD**

Fraktionsvorsitzender / Fraktionsvorsitzende:
Philipp Schwarz

stellv. Fraktionsvorsitzender / stellv. Fraktionsvorsitzende:
Sabine Fister und Thomas Weingärtner

➤ **Bündnis 90 / Die Grünen**

Fraktionsvorsitzender / Fraktionsvorsitzende:
Gisela Fischer

stellv. Fraktionsvorsitzender / stellv. Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stephanie Moser

➤ **PWU**

Fraktionsvorsitzender / Fraktionsvorsitzende:
Simone Spratter

1. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

stellv. Fraktionsvorsitzende r/ stellv. Fraktionsvorsitzende:
Johann Zehetmair und Günter Peischl

➤ FDP

Ansprechpartner:
Raphael Gutmann

AZ 0240
Hauptamt

19

24

Bekanntgaben / Anfragen BEK 05/2020 Bestellung des Ersten Bürgermeisters zum Eheschließungsstandesbeamten

Der Vorsitzende bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 08.05.2014, Nr. 38 in Erinnerung, wonach der Erste Bürgermeister gemäß § 2 Abs. 3 Gesetz zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (AVPStG) zum Eheschließungsstandesbeamten bestellt wurde.

Gemäß § 3 Abs. 3 Satz 1 AVPStG gilt die Bestellung im Falle der Wiederwahl fort.

Somit ist der Erste Bürgermeister auch für die Amtszeit 2020 – 2026 Eheschließungsstandesbeamter der Gemeinde Unterföhring.

Hauptamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter/-innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 22:07 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer



Geschäftsordnung

für den

Gemeinderat Unterföhring

2020-2026

Inhaltsverzeichnis

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
A. Die Gemeindeorgane und ihre Aufgaben	
<u>I. Der Gemeinderat</u>	
§ 1 Zuständigkeit im Allgemeinen	4
§ 2 Aufgabenbereich des Gemeinderats	4 - 5
<u>II. Die Gemeinderatsmitglieder</u>	
§ 3 Rechtsstellung der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder, Befugnisse	6
§ 4 Fraktionen und Ausschussgemeinschaften	6-7
<u>III. Die Ausschüsse</u>	
1. Allgemeines	
§ 5 Bildung, Vorsitz, Auflösung	7
2. Aufgaben der Ausschüsse	
§ 6 Vorberatende Ausschüsse	7
§ 7 Beschließende Ausschüsse	8
<u>IV. Der erste Bürgermeister</u>	
§ 8 Vorsitz im Gemeinderat	8
§ 9 Leitung der Gemeindeverwaltung, Allgemeines	8 – 9
§ 10 Einzelne Aufgaben	9 – 11
§ 11 Vertretung der Gemeinde nach außen	11
§ 12 Abhalten von Bürgerversammlungen	11-12
§ 13 Sonstige Geschäfte	12
§ 14 Weitere Bürgermeister, weitere Stellvertreter, Aufgaben	12
B. Der Geschäftsgang	
<u>I. Allgemeines</u>	
§ 15 Verantwortung für den Geschäftsgang	13
§ 16 Sitzungen, Beschlussfähigkeit	13
§ 17 Öffentliche Sitzungen	13-14
§ 18 Nichtöffentliche Sitzungen	14

II. Vorbereitung der Sitzungen

§ 19 Einberufung	14-15
§ 20 Tagesordnung	15
§ 21 Form und Frist für die Einladung	15
§ 22 Anträge	15-16

III. Sitzungsverlauf

§ 23 Eröffnung der Sitzung	16
§ 24 Eintritt in die Tagesordnung	16-17
§ 25 Beratung der Sitzungsgegenstände	17-18
§ 26 Abstimmung	18-19
§ 27 Wahlen	19
§ 28 Anfragen	19
§ 29 Beendigung der Sitzung	19-20
§ 30 Form und Inhalt	20
§ 31 Einsichtnahme und Abschrifterteilung	20-21

IV. Geschäftsgang der Ausschüsse

§ 32 Anwendbare Bestimmungen	21
------------------------------	----

V. Bekanntmachung von Satzungen und Verordnungen

§ 33 Art der Bekanntmachung	21-22
-----------------------------	-------

C. Schlussbestimmungen

§ 34 Änderung der Geschäftsordnung	22
§ 35 Verteilung der Geschäftsordnung	22
§ 36 Inkrafttreten	22

Der Gemeinderat Unterföhring gibt sich auf Grund des Art. 45 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GO) für den Freistaat Bayern folgende

GESCHÄFTSORDNUNG

A. Die Gemeindeorgane und ihre Aufgaben

I. Der Gemeinderat

§ 1 Zuständigkeit im Allgemeinen

- (1) Der Gemeinderat beschließt über alle Angelegenheiten des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises, soweit sie nicht ausdrücklich beschließenden Ausschüssen übertragen sind oder auf Grund Gesetzes bzw. Übertragung durch den Gemeinderat in die Zuständigkeit des ersten Bürgermeisters fallen.
- (2) Der Gemeinderat überträgt die in § 6 genannten Angelegenheiten vorbereitenden Ausschüssen zur Vorbereitung der Gemeinderatsentscheidungen und die in § 7 genannten Angelegenheiten beschließenden Ausschüssen zur selbstständigen Erledigung. Er kann auch die Behandlung und Entscheidung im Einzelfall vorbehalten, wenn das die Bedeutung der Angelegenheit erfordert.

§ 2 Aufgabenbereich des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:

1. die Beschlussfassung zu Bestands- oder Gebietsänderungen der Gemeinde und zu Änderungen des Namens der Gemeinde oder eines Gemeindeteils (Art. 2 und 11 GO),
2. die Entscheidung über Ehrungen, insbesondere die Verleihung und die Aberkennung des Ehrenbürgerrechts (Art. 16 GO),
3. die Bildung und die Zusammensetzung der Ausschüsse sowie die Zuteilung der Aufgaben an diese (Art. 32, 33 GO),
4. die Aufstellung von Richtlinien für laufende Angelegenheiten nach Art. 37 Abs. 1 Satz 2 GO,
5. die Verteilung der Geschäfte unter die Gemeinderatsmitglieder (Art. 46 Abs. 1 Satz 2 GO),
6. die Wahlen (Art. 51 Abs. 3 und 4 GO),
7. die Beschlussfassung über Angelegenheiten, zu deren Erledigung die Gemeinde der Genehmigung bedarf, soweit nicht Art. 43 Abs. 1 Satz 2 GO Anwendung findet,
8. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen und Verordnungen; ausgenommen das Verfahren von Bebauungsplänen nach dem Aufstellungsbeschluss und vor dem Satzungsbeschluss und alle sonstigen Satzungen nach den Vorschriften des Ersten Kapitels des Baugesetzbuchs sowie

- alle örtlichen Bauvorschriften im Sinne des Art. 81 BayBO, auch in den Fällen des Art. 81 Abs. 2 BayBO,
9. die Beschlussfassung über die allgemeine Regelung der Bezüge der Gemeindebediensteten und über beamten-, besoldungs-, versorgungs- und disziplinarrechtliche Angelegenheiten der Bürgermeister, soweit nicht das Gesetz über kommunale Wahlbeamte oder das Bayerische Disziplinargesetz etwas anderes bestimmen,
 10. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und über die Nachtragshaushaltssatzung (Art. 65 und 68 GO),
 11. die Beschlussfassung über den Finanzplan (Art. 70 GO),
 12. die Feststellung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe mit kaufmännischem Rechnungswesen sowie die Beschlussfassung über die Entlastung (Art. 102 GO)
 13. die Entscheidungen im Sinne von Art. 96 Satz 1 GO über gemeindliche Unternehmen,
 14. die hinsichtlich der Eigenbetriebe dem Gemeinderat im Übrigen gesetzlich vorbehaltenen Angelegenheiten (Art. 88 GO).
 15. die Bestellung und die Abberufung des Datenschutzbeauftragten,
 16. die Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens (Art. 18 a Abs. 8 GO) und die Durchführung eines Bürgerentscheids (Art. 18 a Abs. 2, Abs. 8 GO),
 17. die allgemeine Festsetzung von Gebühren, Tarifen und Entgelten,
 18. die Entscheidung über Ernennung, Beförderung, Abordnung, Versetzung mit Zuweisung an einen Dritten, Ruhestandsversetzung und Entlassung der Beamten ab Besoldungsgruppe A9,
 19. die Entscheidung über die Einstellung, Höhergruppierung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an einen Dritten, Beschäftigung mittels Personalgestellung und Entlassung der Arbeitnehmer ab Entgeltgruppe 9 des TVöD oder einem entsprechenden Entgelt,
 20. die Entscheidung über Altersteilzeit der Beamten und Arbeitnehmer,
 21. die Beschlussfassung über die Beteiligung an Zweckverbänden und soweit hoheitlichen Befugnisse übertragen werden, über den Abschluss von Zweckvereinbarungen,
 22. die grundsätzlichen Angelegenheiten gemeindlicher Planungen, z.B. der Flächennutzungsplanung, der Ortsplanung, der Landschaftsplanung und der Landesplanung, der Gewässerplanung und gemeindeübergreifender Planungen und Projekte, ausgenommen, die ausdrücklich auf Ausschüsse übertragenen Angelegenheiten,
 23. die Namensgebung für Straßen, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen,
 24. der Vorschlag, Entsendung und die Abberufung von Vertretern der Gemeinde in andere Organisationen und Einrichtungen,
 25. die Beschlussfassung über die Vereinbarung einer kommunalen Partnerschaft,
 26. die grundsätzlichen Angelegenheiten gemeindlich verwalteter Stiftungen, insbesondere Änderungen des Stiftungszwecks,
 27. die allgemeine Regelung der Benutzung öffentlicher Einrichtungen nach bürgerlichem Recht.

II. Die Gemeinderatsmitglieder

§ 3 Rechtsstellung der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder, Befugnisse

- (1) Gemeinderatsmitglieder üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge nicht gebunden.
- (2) Für die allgemeine Rechtsstellung der Gemeinderatsmitglieder (Teilnahmepflicht, Sorgfalts- und Verschwiegenheitspflicht, Geheimhaltungspflicht, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Geltendmachung von Ansprüchen Dritter, Ablehnung, Niederlegung und Verlust des Amtes) gelten die Art. 48 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 mit 3, Art. 56a, Art. 49, 50, 19, 48 Abs. 3 GO sowie Art. 47 bis Art. 49 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz.
- (3) Der Gemeinderat kann zur Vorbereitung seiner Entscheidungen durch besonderen Beschluss einzelner seiner Mitglieder bestimmte Aufgabengebiete (Referate) zur Bearbeitung zuteilen und sie insoweit mit der Überwachung der gemeindlichen Verwaltungstätigkeit betrauen (Art. 46 Abs. 1 Satz 2, Art. 30 Abs. 3 GO).
- (4) Zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen sind Gemeinderatsmitglieder nur berechtigt, soweit ihnen der erste Bürgermeister im Rahmen der Geschäftsverteilung nach Anhörung der weiteren Bürgermeister einzelne seiner Befugnisse (§§ 9 bis 13) überträgt (Art. 39 Abs. 2 GO).
- (5) Gemeinderatsmitglieder, die eine Tätigkeit nach Abs. 3 oder 4 ausüben, haben ein Recht auf Akteneinsicht innerhalb ihres Aufgabenbereichs. Zur Vorbereitung von Tagesordnungspunkten der nächsten Sitzung erhält jedes Gemeinderatsmitglied nach vorheriger Terminvereinbarung das Recht zur Einsicht in die entscheidungserheblichen Unterlagen, sofern Gründe der Geheimhaltung nicht entgegenstehen. Im Übrigen haben Gemeinderatsmitglieder ein Recht auf Akteneinsicht, wenn sie vom Gemeinderat durch Beschluss mit der Einsichtnahme beauftragt werden. Das Verlangen zur Akteneinsicht ist gegenüber dem ersten Bürgermeister geltend zu machen.

§ 4 Fraktionen und Ausschussgemeinschaften

- (1) Gemeinderatsmitglieder können sich zur Erreichung gemeinsamer Ziele zu Fraktionen zusammenschließen. Eine Fraktion muss mindestens 2 Mitglieder haben. Die Bildung und Bezeichnung der Fraktionen sowie deren Vorsitzende und ihre Stellvertreter sind dem ersten Bürgermeister mitzuteilen; dieser unterrichtet den Gemeinderat.
- (2) Einzelne Gemeinderatsmitglieder und kleine Gruppen, die auf Grund ihrer eigenen Stärke keine Vertretung in Ausschüssen erreichen würden, können sich zur Entsendung gemeinsamer Vertreter in den Ausschüssen zusammen-

schließen (Ausschussgemeinschaften, Art. 33 Abs. 1 Satz 5 GO). Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

III. Die Ausschüsse

1. Allgemeines

§ 5 Bildung, Vorsitz, Auflösung

- (1) In den Ausschüssen nach § 2 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts sind die den Gemeinderat bildenden Fraktionen und Gruppen unter Berücksichtigung von Ausschussgemeinschaften gemäß ihren Vorschlägen nach dem Verhältnis ihrer Stärke vertreten (Art. 33 Abs. 1 GO). Die Sitze werden nach dem Sainte- Laguë/Schepers Verfahren verteilt; haben Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet die größere Zahl der bei der Gemeinderatswahl auf die Wahlvorschläge der betroffenen Parteien oder Wählergruppen abgegebenen Stimmen (Art. 33 Abs. 1 Satz 3 GO). Wird durch den Austritt oder Übertritt von Gemeinderatsmitgliedern das ursprüngliche Stärkeverhältnis der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Gruppen verändert, so sind diese Änderungen nach Satz 2 Halbsatz 1 auszugleichen; haben danach Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet das Los.
- (2) Für jedes Ausschussmitglied werden für den Fall seiner Verhinderung zwei Stellvertreter namentlich bestellt.
- (3) Den Vorsitz in den Ausschüssen führt der erste Bürgermeister oder einer seiner Stellvertreter im Amt (Art. 33 Abs. 2 GO). Den Vorsitz im Prüfungsausschuss führt ein vom Gemeinderat bestimmtes Ausschussmitglied (Art. 103 Abs. 2 GO).
- (4) Der Gemeinderat kann Ausschüsse jederzeit auflösen (Art. 32 Abs. 5 GO); das gilt nicht für Ausschüsse, die gesetzlich vorgeschrieben sind.
- (5) Zu Beginn eines Kalenderjahres werden die Termine für alle Ausschusssitzungen entsprechend festgelegt und dem Gemeinderat zur Kenntnis vorgelegt. Jeder Ausschuss soll mindestens einmal im Quartal zu einer Sitzung einberufen werden. Terminabsagen aufgrund mangelnder Themen sind jederzeit möglich.

2. Aufgaben der Ausschüsse

§ 6 Vorberatende Ausschüsse

- (1) Vorberatende Ausschüsse haben die Aufgabe, die ihnen übertragenen Gegenstände für die Beratung in der Vollversammlung des Gemeinderats vor-

zubereiten und einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten. Berührt eine Angelegenheit das Arbeitsgebiet mehrerer vorberatender Ausschüsse, können diese zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten.

- (2) Die gebildeten vorberatenden Ausschüsse und deren Aufgaben ergeben sich aus der Anlage 1 zur Geschäftsordnung.

§ 7 Beschließende Ausschüsse

- (1) Beschließende Ausschüsse erledigen die ihnen übertragenen Angelegenheiten selbstständig an Stelle des Gemeinderats.
- (2) Die Entscheidungen beschließender Ausschüsse stehen unbeschadet Art. 88 GO unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durch den Gemeinderat. Eine Nachprüfung muss nach Art. 32 Abs. 3 GO erfolgen, wenn der erste Bürgermeister oder sein Stellvertreter im Ausschuss ein Drittel der stimmberechtigten Ausschussmitglieder oder ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder die Nachprüfung durch den Gemeinderat beantragt. Der Antrag muss schriftlich, spätestens am siebten Tag nach der Ausschusssitzung beim ersten Bürgermeister eingehen. Soweit Beschlüsse die Rechte Dritter berühren, werden sie erst nach Ablauf einer Frist von einer Woche wirksam.
- (3) Die gebildeten beschließenden Ausschüsse und deren Aufgabenbereiche ergeben sich im Einzelnen aus der Anlage 1 zur Geschäftsordnung.

IV. Der erste Bürgermeister

1. Aufgaben

§ 8 Vorsitz im Gemeinderat

- (1) Der erste Bürgermeister führt den Vorsitz im Gemeinderat (Art. 36 GO). Er bereitet die Beratungsgegenstände vor und beruft die Sitzungen ein (Art. 46 Abs. 2 GO). In den Sitzungen leitet er die Beratung und die Abstimmung, handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus (Art. 53 Abs. 1 GO).
- (2) Hält der erste Bürgermeister Entscheidungen des Gemeinderats oder eines beschließenden Ausschusses für rechtswidrig, verständigt er den Gemeinderat oder den Ausschuss von seiner Auffassung und setzt den Vollzug vorläufig aus. Wird die Entscheidung aufrechterhalten, führt er die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde herbei (Art. 59 Abs. 2 GO).

§ 9 Leitung der Gemeindeverwaltung, Allgemeines

- (1) Der Erste Bürgermeister leitet und verteilt im Rahmen der Geschäftsordnung die Geschäfte (Art. 46 Abs. 1 GO). Er kann dabei einzelne seiner Befugnisse

den weiteren Bürgermeistern, nach deren Anhörung auch einem Gemeinderatsmitglied und in den Angelegenheiten der laufenden Verwaltung Bediensteten der Gemeinde übertragen (Art. 39 Abs. 2 GO). Zur Übertragung von Befugnissen auf Bedienstete im Sinne des Art. 39 Abs. 2 Halbsatz 2 GO wird die Zustimmung des Gemeinderats hiermit allgemein erteilt. Geschäftsverteilung und Befugnisregelung sollen übereinstimmen.

- (2) Der erste Bürgermeister vollzieht die Beschlüsse des Gemeinderats und seiner Ausschüsse (Art. 36 GO). Über Hinderungsgründe unterrichtet er den Gemeinderat oder den Ausschuss unverzüglich.
- (3) Der erste Bürgermeister führt die Dienstaufsicht über die Beamten und Beschäftigten der Gemeinde und übt die Befugnisse des Dienstvorgesetzten gegenüber den Gemeindebeamten aus (Art. 37 Abs. 4, Art. 43 Abs. 3 GO).
- (4) Der erste Bürgermeister verpflichtet die weiteren Bürgermeister schriftlich, alle Angelegenheiten geheim zu halten, die im Interesse der Sicherheit oder anderer wichtiger Belange der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder Unbefugten nicht bekannt werden dürfen. In gleicher Weise verpflichtet er Gemeinderatsmitglieder und Gemeindebedienstete, bevor sie mit derartigen Angelegenheiten befasst werden (Art. 56a GO).

§ 10 Einzelne Aufgaben

- (1) Der erste Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit:
 1. die laufenden Angelegenheiten, die für die Gemeinde keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO),
 2. die den Gemeinden durch ein Bundesgesetz oder auf Grund eines Bundesgesetzes übertragenen hoheitlichen Aufgaben in Angelegenheiten der Verteidigung einschließlich des Wehrersatzwesens und des Schutzes der Zivilbevölkerung, soweit nicht für haushalts- oder personalrechtliche Entscheidungen der Gemeinderat zuständig ist (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO),
 3. die Angelegenheiten, die im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheim zu halten sind (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 GO),
 4. die ihm von Gemeinderat nach Art. 37 Abs. 2 Satz 1 GO übertragenen Angelegenheiten,
 5. die Entscheidung über die Ernennung, Beförderung und Abordnung, Versetzung oder Ruhestandsversetzung, Zuweisung an eine Einrichtung und Entlassung der Beamten bis zur Besoldungsgruppe A8 sowie die Entscheidung über die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an einen Dritten und die Beschäftigung mittels Personalgestellung von Arbeitnehmern bis zur Entgeltgruppe 8 des TVöD oder bis zu einem entsprechenden Entgelt,
 6. dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte (Art. 37 Abs. 3 GO),
 7. die Aufgaben als Vorsitzender des Verwaltungsrats selbstständiger Kommunalunternehmen des öffentlichen Rechts (Art. 90 Abs. 3 Satz 2 GO),
 8. die Vertretung der Gemeinde in Unternehmen in Privatrechtsform (Art. 93 Abs. 1 GO).

(2) Zu den Aufgaben des ersten Bürgermeisters gehören insbesondere auch:

1. in Personalangelegenheiten:
 - a) der Vollzug zwingender gesetzlicher oder tarifrechtlicher Vorschriften,
 - b) die Genehmigung von Nebentätigkeiten.
2. in allen Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde:
 - a) die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln im Vollzug zwingender Rechtsvorschriften und im Rahmen von Richtlinien des Gemeinderats, in denen die Leistungen nach Voraussetzung und Höhe festgelegt sind, im Übrigen bis zu einem Betrag von 50.000,- € im Einzelfall,
 - b) der Erlass, die Niederschlagung, die Stundung und die Aussetzung der Vollziehung von Abgaben, insbesondere von Steuern, Beiträgen und Gebühren sowie von sonstigen Forderungen bis zu folgenden Beträgen im Einzelfall:
 - Erlass 2.000,- €,
 - Niederschlagung 10.000,- €,
 - Stundung 50.000,- €,
 - Aussetzung der Vollziehung 50.000,- €.
 - c) die Entscheidung über überplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 20.000,- € und außerplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 10.000,- € im Einzelfall, soweit sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (Art. 66 Abs. 1 Satz 1 GO),
 - d) Handlungen oder Unterlassungen jeder Art mit Auswirkungen für die Gemeinde, insbesondere der Abschluss von Verträgen und sonstiger Rechtsgeschäfte sowie die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten der Gemeinde, bis zu einer Wertgrenze von 50.000,- € im Einzelfall.
 - e) der Abschluss sonstiger Rechtsgeschäfte, die Verpflichtungen für die Gemeinde beinhalten bis zu einer Wertgrenze von 20.000,- €,
 - f) die Gewährung von Zuschüssen, auch in der Form unentgeltlicher Nutzungsüberlassung von Räumen, an Vereine und Verbände bis zu einem Betrag von 5.000,- € je Einzelfall.
3. in Grundstücksangelegenheiten:
 - a) der Abschluss von Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäften über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte bis zu einer Wertgrenze von 50.000,- € im Einzelfall,
 - b) die Abgabe von Erklärungen über dingliche Rechte bis zu einer Wertgrenze von 20.000,- € im Einzelfall, wenn dadurch grundsätzliche Rechte der Gemeinde nicht gefährdet werden,
 - c) der Abschluss von Miet- und Pachtverträgen, wenn die Gegenleistung 30.000,- € pro Jahr nicht übersteigt und die Verträge nicht auf mehr als 5 Jahre unkündbar abgeschlossen werden,
 - d) die Messungsanerkennung und die Auflassung bei bereits genehmigten Verträgen.
4. in allgemeinen Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten:
 - a) die Behandlung von Rechtsbehelfen, die Abgabe von Prozesserkklärungen einschließlich Klageerhebung, Einlegung von Rechtsmitteln und Abschluss von Vergleichen sowie die Erteilung des Mandats an einen Prozessbevoll-

- mächtigten, wenn der Streitwert voraussichtlich 50.000,- € nicht übersteigt und die Angelegenheit keine grundsätzliche Bedeutung hat,
- b) Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, soweit sie nicht dem Gemeinderat oder einem Ausschuss vorbehalten sind (§ 2), insbesondere Staatsangehörigkeits- und Personenstandswesen, Meldewesen, Wahlrecht und Statistik, Gesundheits- und Veterinärwesen, öffentliches Versicherungswesen, Lastenausgleich.
5. in Bauangelegenheiten:
- a) die Behandlung der Anzeige nach Art. 57 Abs. 5 Satz 2 BayBO,
 - b) die Stellungnahme nach Art. 64 Abs. 1 Satz 2 BayBO bzw. die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB und Art. 63 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BayBO für Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 sowie für bauliche Anlagen, die keine Gebäude sind, mit einer Höhe bis zu 10 m,
 - c) im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes nach § 30 Abs. 1 BauGB oder eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nach § 30 Abs. 2 BauGB, soweit das Vorhaben ohne bzw. mit geringfügigen Ausnahmen und Befreiungen nach § 31 BauGB zulässig ist,
 - d) die Erteilung von Negativzeugnissen nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB
 - e) Isolierte Befreiung nach Art. 63 Abs. 3 BayBO, da Vorhaben grundsätzlich verfahrensfrei sind.
- (3) Bei wiederkehrenden Leistungen ist für die Bemessung von Wertgrenzen nach Abs. 2 der Zeitraum maßgeblich, für den die rechtliche Bindung bestehen soll; ist dieser Zeitraum nicht bestimmbar, so ist der fünffache Jahresbetrag anzusetzen.
- (4) Soweit die Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 nicht unter Art. 37 Abs. 1 Satz 1 GO fallen, werden sie hiermit dem ersten Bürgermeister gemäß Art. 37 Abs. 2, Art. 43 Abs. 2 GO zur selbstständigen Erledigung übertragen.

§ 11 Vertretung der Gemeinde nach außen

- (1) Die Befugnis des ersten Bürgermeisters zur Vertretung der Gemeinde nach außen bei der Abgabe von rechtserheblichen Erklärungen (Art. 38 Abs. 1 GO) beschränkt sich auf den Vollzug der einschlägigen Beschlüsse des Gemeinderats und der beschließenden Ausschüsse, soweit der erste Bürgermeister nicht gemäß § 10 zum selbständigen Handeln befugt ist.
- (2) Der erste Bürgermeister kann im Rahmen seiner Vertretungsbefugnis unter Beachtung des Art. 39 Abs. 2 GO anderen Personen Vollmacht zur Vertretung der Gemeinde erteilen. Zur Übertragung von Befugnissen auf Bedienstete im Sinne des Art. 39 Abs. 2 Halbsatz 2 GO wird die Zustimmung des Gemeinderats hiermit allgemein erteilt.

§ 12 Abhalten von Bürgerversammlungen

- (1) Der erste Bürgermeister beruft mindestens einmal jährlich, auf Verlangen des Gemeinderats auch öfter, eine Bürgerversammlung ein (Art. 18 Abs. 1 GO).

Den Vorsitz in der Versammlung führt der erste Bürgermeister oder ein von ihm bestellter Vertreter.

- (2) Auf Antrag von Gemeindebürgern nach Art. 18 Abs. 2 GO beruft der erste Bürgermeister darüber hinaus eine weitere Bürgerversammlung ein, die innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags bei der Gemeinde stattzufinden hat.

§ 13 Sonstige Geschäfte

Die Befugnisse des ersten Bürgermeisters, die außerhalb der Gemeindeordnung gesetzlich festgelegt sind (z. B. Wahrnehmung der standesamtlichen Geschäfte, Aufnahme von Nottestamenten usw.), bleiben unberührt.

2. Stellvertretung

§ 14 Weitere Bürgermeister, weitere Stellvertreter, Aufgaben

- (1) Der erste Bürgermeister wird im Fall seiner Verhinderung vom zweiten Bürgermeister und, wenn dieser ebenfalls verhindert ist, vom dritten Bürgermeister vertreten (Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GO).
- (2) Für den Fall gleichzeitiger Verhinderung des ersten, zweiten und dritten Bürgermeisters sind nach Art. 39 Abs. 1 Satz 2 GO weitere Stellvertreter in der Reihenfolge nach dem dienstältesten Gemeinderatsmitglied (bei Gleichstellung die älteste Person) festgesetzt.
- (3) Der Stellvertreter übt im Verhinderungsfall die gesamten gesetzlichen und geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse des ersten Bürgermeisters aus.
- (4) Ein Fall der Verhinderung liegt vor, wenn die zu vertretene Person aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen, insbesondere wegen Abwesenheit, Urlaub, Krankheit, vorläufiger Dienstenhebung oder persönliche Beteiligung nicht in der Lage ist, ihr Amt auszuüben. Ist die zu vertretende Person bei Abwesenheit gleichwohl dazu in der Lage, die Amtsgeschäfte auszuüben und bei Bedarf wieder rechtzeitig vor Ort zu sein, liegt ein Fall der Verhinderung nicht vor.

B. Der Geschäftsgang

I. Allgemeines

§ 15 Verantwortung für den Geschäftsgang

- (1) Gemeinderat und erster Bürgermeister sorgen für den ordnungsgemäßen Gang der Geschäfte, insbesondere für den Vollzug der gesetzlichen Vorschriften im eigenen und im übertragenen Wirkungskreis und für die Durchführung der gesetzmäßigen Anordnungen und Weisungen der Staatsbehörden. Sie schaffen die dazu erforderlichen Einrichtungen (Art. 56 Abs. 2, Art. 59 Abs. 1 GO).
- (2) Eingaben und Beschwerden der Gemeindeglieder an den Gemeinderat (Art. 56 Abs. 3 GO) werden durch die Verwaltung vorbehandelt und sodann dem Gemeinderat oder dem zuständigen beschließenden Ausschuss vorgelegt. Eingaben, die in den Zuständigkeitsbereich des ersten Bürgermeisters fallen, erledigt dieser in eigener Zuständigkeit; in bedeutenden Angelegenheiten unterrichtet er den Gemeinderat.

§ 16 Sitzungen, Beschlussfähigkeit

- (1) Der Gemeinderat beschließt in Sitzungen (Art. 47 Abs. 1 GO). Eine Beschlussfassung durch mündliche Befragung außerhalb der Sitzungen oder im Umlaufverfahren ist ausgeschlossen.
- (2) Der Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 47 Abs. 2 GO).
- (3) Wird der Gemeinderat wegen Beschlussunfähigkeit in einer früheren Sitzung infolge einer nicht ausreichenden Zahl anwesender Mitglieder zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Bei der zweiten Einladung muss auf diese Bestimmung hingewiesen werden (Art. 47 Abs. 3 GO).

§ 17 Öffentliche Sitzungen

- (1) Die Sitzungen des Gemeinderats sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechnete Ansprüche Einzelner entgegenstehen (Art. 52 Abs. 2 GO).
- (2) Die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats sind allgemein zugänglich, soweit der für Zuhörer bestimmte Raum ausreicht. Für die Medien ist stets eine angemessene Zahl von Plätzen freizuhalten. Ton- und Bildaufnahmen jeder

Art bedürfen der Zustimmung des Vorsitzenden und des Gemeinderats; sie sind auf Verlangen eines einzelnen Mitglieds hinsichtlich seiner Person zu unterlassen.

- (3) Zuhörer, welche die Ordnung der Sitzung stören, können durch den Vorsitzenden aus dem Sitzungssaal gewiesen werden (Art. 53 Abs. 1 GO).
- (4) Ton- und Bildaufnahmen von Gemeindebediensteten und sonstigen Sitzungsteilnehmern sind nur mit deren Einwilligung zulässig.

§ 18 Nichtöffentliche Sitzungen

- (1) In nichtöffentlicher Sitzung werden in der Regel behandelt:
 - 1. Personalangelegenheiten in Einzelfällen,
 - 2. Rechtsgeschäfte in Grundstücksangelegenheiten,
 - 3. Angelegenheiten, die dem Sozial- oder Steuergeheimnis unterliegen.

Außerdem werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt:

- 1. Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, deren nichtöffentliche Behandlung im Einzelfall von der Aufsichtsbehörde verfügt ist,
 - 2. sonstige Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz vorgeschrieben ist oder der Natur der Sache erforderlich ist.
- (2) Zu nichtöffentlichen Sitzungen können im Einzelfall durch Beschluss Personen, die dem Gemeinderat nicht angehören, hinzugezogen werden, wenn deren Anwesenheit für die Behandlung des jeweiligen Beratungsgegenstandes erforderlich ist. Diese Personen sollen zur Verschwiegenheit nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Verpflichtungsgesetz verpflichtet werden.
- (3) Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gibt der erste Bürgermeister der Öffentlichkeit bekannt, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 GO).

II. Vorbereitung der Sitzungen

§ 19 Einberufung

- (1) Der erste Bürgermeister beruft die Gemeinderatssitzungen ein, wenn die Geschäftslage es erfordert oder wenn ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder es schriftlich unter Bezeichnung des Beratungsgegenstandes beantragt (Art. 46 Abs. 2 Sätze 2 und 3 GO). Nach Beginn der Wahlzeit und im Fall des Art. 46 Abs. 2 Satz 3 GO beruft er die Gemeinderatssitzung so rechtzeitig ein, dass die Sitzung spätestens am 14. Tag nach Beginn der Wahlzeit oder nach Eingang des Verlangens bei ihm stattfinden kann (Art. 46 Abs. 2 Satz 4 GO).

- (2) Die Sitzungen finden grundsätzlich an jedem zweiten Donnerstag im Monat statt. Die Sitzungen finden im Rathaus statt, sie beginnen im Regelfall um 19.00 Uhr. In der Einladung (§ 21) kann im Einzelfall etwas anderes bestimmt werden.

§ 20 Tagesordnung

- (1) Der erste Bürgermeister setzt die Tagesordnung fest. Rechtzeitig eingegangene Anträge von Gemeinderatsmitgliedern setzt der erste Bürgermeister möglichst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Ist das nicht möglich, sind die Anträge in jedem Fall innerhalb von drei Monaten auf die Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung zu setzen. Eine materielle Vorprüfung findet nicht statt.
- (2) In der Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände einzeln und inhaltlich konkretisiert zu benennen, damit es den Gemeinderatsmitgliedern ermöglicht wird, sich auf die Behandlung der jeweiligen Gegenstände vorzubereiten. Das gilt sowohl für öffentliche als auch für nichtöffentliche Gemeinderatssitzungen.
- (3) Die Tagesordnung für öffentliche Sitzungen ist jeweils unter Angabe von Ort und Zeit der Sitzung spätestens am 3. Tag vor der Sitzung ortsüblich bekannt zu machen (Art. 52 Abs. 1 GO). Die Tagesordnung nicht öffentlicher Sitzungen wird nicht bekannt gemacht.
- (4) Den örtlichen Medien soll die Tagesordnung jeder öffentlichen Sitzung rechtzeitig mitgeteilt werden.

§ 21 Form und Frist für die Einladung

- (1) Die Gemeinderatsmitglieder werden schriftlich unter Beifügung der Tagesordnung zu den Sitzungen eingeladen. Die Tagesordnung kann bis spätestens zum Ablauf des 3. Tages vor der Sitzung ergänzt werden. Der Tagesordnung sollen weitere Unterlagen, insbesondere Beschlussvorlagen, beigelegt werden, wenn und soweit das sachdienlich ist. Einladung, Tagesordnung und weitere Unterlagen können ergänzend auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden, soweit Gründe der Geheimhaltung nicht entgegenstehen.
- (2) Die Ladungsfrist beträgt sieben Tage; sie kann in dringenden Fällen auf drei Tage verkürzt werden. Der Sitzungstag und der Tag des Zugangs der Ladung werden bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet.

§ 22 Anträge

- (1) Anträge, die in einer Sitzung behandelt werden sollen, sind schriftlich zu stellen und ausreichend zu begründen. Sie sollen spätestens bis zum 10. Tag vor der Sitzung beim ersten Bürgermeister eingereicht werden. Soweit ein Antrag

mit Ausgaben verbunden ist, die im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, soll er einen Deckungsvorschlag enthalten.

- (2) Verspätet eingehende oder erst unmittelbar vor oder während der Sitzung gestellte Anträge können nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden, wenn
 1. die Angelegenheit dringlich ist und der Gemeinderat der Behandlung mehrheitlich zustimmt oder
 2. sämtliche Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind und kein Mitglied der Behandlung widerspricht.
3. Anträge zur Geschäftsordnung oder einfache Sachanträge, z. B. Nichtbefassungsanträge, Zurückziehung eines Antrags, Änderungsanträge u. a., können auch während der Sitzung und ohne Beachtung der Schriftform gestellt werden.

III. Sitzungsverlauf

§ 23 Eröffnung der Sitzung

- (1) Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung der Gemeinderatsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest und erkundigt sich nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Ferner lässt er über die Genehmigung der Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung, falls sie mit der Einladung verschickt wurde, abstimmen.
- (2) Die Niederschrift über die vorangegangene nichtöffentliche Sitzung liegt während der Dauer der Sitzung zur Einsicht für die Gemeinderatsmitglieder auf. Wenn bis zum Schluss der Sitzung keine Einwendungen erhoben werden, so gilt die Niederschrift als vom Gemeinderat gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

§ 24 Eintritt in die Tagesordnung

- (1) Die einzelnen Tagesordnungspunkte werden in der in der Tagesordnung festgelegten Reihenfolge behandelt. Die Reihenfolge kann durch Beschluss geändert werden.
- (2) Soll ein Tagesordnungspunkt in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden (§ 18), so wird darüber vorweg unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten und entschieden (Art. 52 Abs. 2 Satz 2 GO). Wird von vornherein zu einer nichtöffentlichen Sitzung eingeladen, gilt die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung als gebilligt, wenn und soweit nicht der Gemeinderat anders entscheidet.
- (3) Der Vorsitzende oder eine von ihm mit der Berichterstattung beauftragte Person trägt den Sachverhalt der einzelnen Tagesordnungspunkte vor und er-

läutert ihn. Anstelle des mündlichen Vortrags kann auf schriftliche Vorlagen verwiesen werden.

- (4) Zu Tagesordnungspunkten, die in einem Ausschuss behandelt worden sind, ist der Beschluss des Ausschusses bekannt zu geben.
- (5) Soweit erforderlich, können auf Anordnung des Vorsitzenden oder auf Beschluss des Gemeinderats Sachverständige zugezogen und gutachtlich gehört werden. Entsprechendes gilt für sonstige sachkundige Personen.

§ 25 Beratung der Sitzungsgegenstände

- (1) Nach der Berichterstattung, gegebenenfalls nach dem Vortrag der Sachverständigen, eröffnet der Vorsitzende die Beratung.
- (2) Mitglieder des Gemeinderats, die nach den Umständen annehmen müssen, von der Beratung und Abstimmung zu einem bestimmten Punkt der Tagesordnung wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 Abs. 1 GO) ausgeschlossen zu sein, haben dies vor Beginn der Beratung dem Vorsitzenden unaufgefordert mitzuteilen. Entsprechendes gilt, wenn Anhaltspunkte dieser Art während der Beratung erkennbar werden. Das wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossene Mitglied hat während der Beratung und Abstimmung seinen Platz am Beratungstisch zu verlassen, es kann bei öffentlicher Sitzung im Zuhörer-raum Platz nehmen, bei nichtöffentlicher Sitzung verlässt es den Raum.
- (3) Sitzungsteilnehmer dürfen das Wort nur ergreifen, wenn es ihnen vom Vorsitzenden erteilt wird. Der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Bei gleichzeitiger Wortmeldung entscheidet der Vorsitzende über die Reihenfolge. Bei Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort außer der Reihe sofort zu erteilen. Zuhörern kann das Wort nicht erteilt werden.
- (4) Die Redner sprechen von ihrem Platz aus; sie richten ihre Rede an den Gemeinderat. Die Redebeiträge müssen sich auf den jeweiligen Tagesordnungspunkt beziehen.
- (5) Während der Beratung über einen Antrag sind nur zulässig:
 - 1. Anträge zur Geschäftsordnung,
 - 2. Zusatz- oder Änderungsanträge oder Anträge auf Zurückziehung des zu beratenden Antrags.Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort abzustimmen; eine Beratung zur Sache selbst findet insoweit nicht statt.
- (6) Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, wird die Beratung vom Vorsitzenden geschlossen.
- (7) Mitglieder des Gemeinderats, die die Ordnung fortgesetzt erheblich stören, kann der Vorsitzende mit Zustimmung des Gemeinderats von der Sitzung ausschließen. Über den Ausschluss von weiteren Sitzungen entscheidet der Gemeinderat (Art. 53 Abs. 2 GO).

- (8) Redner, die gegen die vorstehenden Regeln verstoßen, ruft der Vorsitzende zur Ordnung und macht sie auf den Verstoß aufmerksam. Bei weiteren Verstößen kann ihnen der Vorsitzende das Wort entziehen.
- (9) Der Vorsitzende kann die Sitzung unterbrechen oder aufheben, falls Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal auf andere Weise nicht wiederhergestellt werden können. Eine unterbrochene Sitzung ist spätestens am nächsten Tag fortzuführen; einer neuerlichen Einladung hierzu bedarf es nicht. Die Beratung ist an dem Punkt fortzusetzen, an dem die Sitzung unterbrochen wurde. Der Vorsitzende gibt Zeit und Ort der Fortsetzung bekannt.

§ 26 Abstimmung

- (1) Nach Durchführung der Beratung oder nach Annahme eines Antrags auf „Schluss der Beratung“ schließt der Vorsitzende die Beratung und lässt über den Beratungsgegenstand abstimmen. Er vergewissert sich zuvor, ob die Beschlussfähigkeit (§ 16 Abs. 2 und 3) gegeben ist.
- (2) Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so wird über sie in der nachstehenden Reihenfolge abgestimmt:
1. Anträge zur Geschäftsordnung,
 2. weitergehende Anträge; das sind die Anträge, die voraussichtlich einen größeren Aufwand erfordern oder einschneidendere Maßnahmen zum Gegenstand haben,
 3. früher gestellte Anträge vor später gestellten, sofern der spätere Antrag nicht unter die Nr. 1 oder 2 fällt.
- (3) Grundsätzlich wird über jeden Antrag insgesamt abgestimmt. Über einzelne Teile eines Antrags wird getrennt abgestimmt, wenn dies beschlossen wird oder der Vorsitzende eine Teilung vornimmt.
- (4) Vor der Abstimmung soll der Antrag verlesen werden. Der Vorsitzende formuliert die zur Abstimmung anstehende Frage so, dass sie mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden kann. Grundsätzlich wird in der Reihenfolge „ja“ – „nein“ abgestimmt.
- (5) Beschlüsse werden in offener Abstimmung durch Handaufhebung oder auf Beschluss des Gemeinderats durch namentliche Abstimmung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden gefasst, soweit nicht im Gesetz eine besondere Mehrheit vorgeschrieben ist. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt (Art. 51 Abs. 1 GO); wird dadurch ein ausnahmsweise negativ formulierter Antrag abgelehnt, bedeutet dies nicht die Beschlussfassung über das Gegenteil. Kein Mitglied des Gemeinderats darf sich der Stimme enthalten (Art. 48 Abs. 1 Satz 2 GO).
- (6) Die Stimmen sind, soweit erforderlich, durch den Vorsitzenden zu zählen. Das Abstimmungsergebnis ist unmittelbar nach der Abstimmung bekannt zu geben; dabei ist festzustellen, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt ist.

- (7) Über einen bereits zur Abstimmung gebrachten Antrag kann in derselben Sitzung die Beratung und Abstimmung nicht nochmals aufgenommen werden, wenn nicht alle Mitglieder, die an der Abstimmung teilgenommen haben, mit der Wiederholung einverstanden sind. In einer späteren Sitzung kann, soweit gesetzlich nichts anderes vorgesehen, ein bereits zur Abstimmung gebrachter Beratungsgegenstand insbesondere dann erneut behandelt werden, wenn neue Tatsachen oder neue gewichtige Gesichtspunkte vorliegen und der Beratungsgegenstand ordnungsgemäß auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

§ 27 Wahlen

- (1) Für Entscheidungen des Gemeinderats, die in der Gemeindeordnung oder in anderen Rechtsvorschriften als Wahlen bezeichnet werden, gilt Art. 51 Abs. 3 GO, soweit in anderen Rechtsvorschriften nichts Abweichendes bestimmt ist.
- (2) Wahlen werden in geheimer Abstimmung mit Stimmzetteln vorgenommen. Ungültig sind insbesondere Neinstimmen, leere Stimmzettel und solche Stimmzettel, die den Namen des Gewählten nicht eindeutig ersehen lassen oder aufgrund von Kennzeichen oder ähnlichem das Wahlgeheimnis verletzen können.
- (3) Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Ist mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen ungültig, ist die Wahl zu wiederholen. Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gültig und erhält keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, findet Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen statt. Haben im ersten Wahlgang mehr als zwei Bewerber die gleiche höchste Stimmenzahl, wird die Wahl wiederholt. Haben mehrere Bewerber die gleiche zweithöchste Stimmenzahl, entscheidet das Los darüber, wer von ihnen in die Stichwahl kommt. Bei Stimmengleichheit in der Stichwahl entscheidet gleichfalls das Los.

§ 28 Anfragen

Die Gemeinderatsmitglieder können in jeder Sitzung nach Erledigung der Tagesordnung an den Vorsitzenden Anfragen über solche Gegenstände richten, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen. Nach Möglichkeit sollen solche Anfragen sofort durch den Vorsitzenden oder durch anwesende Gemeindebedienstete beantwortet werden. Ist das nicht möglich, so werden sie in der nächsten Sitzung oder schriftlich beantwortet. Eine Aussprache über Anfragen findet in der Sitzung grundsätzlich nicht statt.

§ 29 Beendigung der Sitzung

- (1) Nach Behandlung der Tagesordnung und etwaiger Anfragen schließt der Vorsitzende die Sitzung.

- (2) Der letzte öffentliche Tagesordnungspunkt wird nicht nach 22.00 Uhr aufgerufen. Ausgenommen davon sind dringliche Bekanntgaben und dringliche Anfragen. Nicht erledigte Tagesordnungspunkte werden an den Anfang der darauf folgenden regulären Sitzung gestellt. Über die Dringlichkeit der Anfragen entscheidet der Gemeinderat.
- (3) Der letzte nichtöffentliche Tagesordnungspunkt wird nicht nach 22.30 Uhr aufgerufen. Ausgenommen sind dringliche und/oder termingebundene Bekanntgaben, jedoch keine Anfragen. Nicht erledigte Tagesordnungspunkte werden an den Anfang der darauf folgenden regulären Sitzung gestellt. Über die Dringlichkeit der Anfragen entscheidet der Gemeinderat. Die Anwendung dient als Orientierung und stellt einen unverbindlichen Vorschlag dar, von denen der Erste Bürgermeister im Einzelfall abweichen kann.

§ 30 Form und Inhalt

- (1) Über die Sitzungen des Gemeinderats werden Niederschriften gefertigt, deren Inhalt sich nach Art. 54 Abs. 1 GO richtet. Die Niederschriften werden getrennt nach öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten geführt. Niederschriften sind Jahrgangsweise zu binden.
- (2) Als Hilfsmittel für das Anfertigen der Niederschrift können Tonbandaufnahmen gefertigt werden. Der Tonträger ist unverzüglich nach Genehmigung der Niederschrift zu löschen und darf Außenstehenden nicht zugänglich gemacht werden.
- (3) Ist ein Mitglied des Gemeinderats bei einer Beschlussfassung abwesend, so ist dies in der Niederschrift besonders zu vermerken. Jedes Mitglied kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie es abgestimmt hat (Art. 54 Abs. 1 Satz 3 GO).
- (4) Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen und vom Gemeinderat zu genehmigen (Art. 54 Abs. 2 GO).
- (5) Neben der Niederschrift werden Anwesenheitslisten geführt.

§ 31 Einsichtnahme und Abschrifterteilung

- (1) In die Niederschriften über öffentliche Sitzungen können alle Gemeindebürger Einsicht nehmen, dasselbe gilt für auswärts wohnende Personen hinsichtlich ihres Grundbesitzes oder ihrer gewerblichen Niederlassungen im Gemeindegebiet (Art. 54 Abs. 3 Satz 2 GO).
- (2) Gemeinderatsmitglieder können jederzeit die Niederschriften über öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen einsehen und sich Abschriften der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse erteilen lassen (Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO). Abschriften von Beschlüssen, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden,

können sie verlangen, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 i.V.m. Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO).

- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Niederschriften früherer Wahlzeiten.
- (4) In Rechnungsprüfungsangelegenheiten können die Gemeinderatsmitglieder jederzeit die Berichte über die Prüfungen einsehen (Art. 102 Abs. 4 GO); Abschriften werden nicht erteilt.
- (5) Die Beschlüsse in den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats werden auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring nach Genehmigung der Niederschrift durch den Gemeinderat bekannt gemacht.

IV. Geschäftsgang der Ausschüsse

§ 32 Anwendbare Bestimmungen

- (1) Für den Geschäftsgang der Ausschüsse gelten die §§ 15 bis 31 sinngemäß. Gemeinderatsmitglieder, die einem Ausschuss nicht angehören, erhalten die Ladungen zu den Sitzungen nebst Tagesordnung nachrichtlich.
- (2) Mitglieder des Gemeinderats können in der Sitzung eines Ausschusses, dem sie nicht angehören, nur als Zuhörer anwesend sein. Berät ein Ausschuss über den Antrag eines Gemeinderatsmitglieds, das diesem Ausschuss nicht angehört, so gibt der Ausschuss dem Antragsteller Gelegenheit, seinen Antrag mündlich zu begründen. Sätze 1 und 2 gelten für öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen.

V. Bekanntmachung von Satzungen und Verordnungen

§ 33 Art der Bekanntmachung

- (1) Satzungen und Verordnungen werden dadurch amtlich bekannt gemacht, dass sie im Rathaus zur Einsichtnahme niedergelegt werden und die Niederlegung durch Anschlag an den Gemeindetafeln bekannt gemacht wird. Der Anschlag wird an den Gemeindetafeln erst angebracht, wenn die Satzung oder die Verordnung im Rathaus niedergelegt ist. Er wird an allen Gemeindetafeln angebracht und frühestens nach 14 Tagen wieder abgenommen. Es wird schriftlich festgehalten, wann der Anschlag angebracht und wann er wieder abgenommen wurde. Dieser Vermerk wird zu den Akten genommen.
- (2) Wird eine Satzung oder Verordnung ausnahmsweise aus wichtigem Grund auf eine andere als in Art. 26 Abs. 2 GO bezeichnete Art amtlich bekannt gemacht, so wird hierauf durch Anschlag an allen Gemeindetafeln hingewiesen.

Die Gemeinde unterhält folgende Gemeindetafeln:

1. Siedlerstraße (Bereich Siedler-/Münchner Straße)
2. Münchner Straße 70 (Haupteingang Rathaus)
3. Münchner Straße (Bereich Münchner-/Bergstraße)
4. Blumenstraße (Bereich Blumen-/Fichtenstraße)
5. Ahornstraße (Bereich Ahorn-/Fichtenstraße)
6. Sudetenstraße (Bereich Sudeten-/Egerlandstraße)
7. Hofäckerallee (Bereich Hofäcker- / Föhringer Allee)
8. Straßäckerallee (Bereich Bushaltestelle vor HsNr 11)

C. Schlussbestimmungen

§ 34 Änderung der Geschäftsordnung

Vorstehende Geschäftsordnung kann durch Beschluss des Gemeinderats geändert werden.

§ 35 Verteilung der Geschäftsordnung

Jedem Gemeinderatsmitglied ist ein Exemplar der Geschäftsordnung auszuhändigen. Im Übrigen liegt die Geschäftsordnung zur allgemeinen Einsicht in der Verwaltung der Gemeinde auf.

§ 36 Inkrafttreten

(1) Diese Geschäftsordnung tritt mit Wirkung vom 14.05.2020 in Kraft.

Unterföhring, 14.05.2020
Gemeinde Unterföhring

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Anlagen:

Anlage 1 zur Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2020-2026

Anlage 1 zur Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2020-2026

Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss:

vorberatend	beschließend
<ul style="list-style-type: none"> a) Entscheidungen von planerischen und technischen Festlegungen von kommunalen Bauvorhaben, wenn die Grundsatzentscheidung des Gemeinderats vorliegt. b) Vorberatung von Verkehrsangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung 	<ul style="list-style-type: none"> a) Stellungnahme zu Bauanträgen, soweit der erste Bürgermeister nicht gemäß § 10 GeSchO zum selbstständigen Handeln befugt ist, b) Bebauungsplanverfahren nach Aufstellungs- und vor Satzungsbeschluss, c) Vergabe von Bauaufträgen und Leistungen, sofern das gesamte Projekt vom Gemeinderat beschlossen ist, ein Betrag von 5.000.000,- € brutto im Einzelfall nicht überschritten wird und die notwendigen Mittel im Haushalt bereitgestellt sind. d) Annahmeerklärungen zu (Grundstücks-) Kaufangeboten, die an die Gemeinde gerichtet sind, bis zu einem Investitionsvolumen von 3.000.000,- € brutto e) Entscheidungen über Vorkaufsrechtsanfragen und deren Umsetzung bis zu einem Investitionsvolumen von 3.000.000,- € brutto f) Entscheidungen über Pachtangelegenheiten (z.B. Pachterhöhung, Pachtvergabe, Vermietung von gewerblichen Flächen und Festlegung deren Mietzinses etc.)

	<p>g) Auftragsvergaben einer Dienst-/Lieferleistung im Bau-, Verkehr- und Grundstücksbereich welche die Bewirtschaftungsbefugnis des Ersten Bürgermeisters übersteigt, bis zu einem Investitionsvolumen von 200.000,- € brutto,</p> <p>h) Widmungen von Straßen und Wegeflächen im Sinne des BayStrWG</p>
--	---

Finanzausschuss:

vorberatend	beschließend
a) Vorberatung der Haushaltssatzung mit Haushalts- und Finanzplan bzw. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan,	

Rechnungsprüfungsausschuss:

vorberatend	beschließend
<ul style="list-style-type: none">a) örtliche Prüfung der Haushaltsrechnung mit Erstellung des Prüfungsberichts,b) Prüfung der Schlussabrechnungen für gemeindliche Bauvorhaben im Hoch- und Tiefbau mit einer Abrechnungssumme von mehr als 1.000.000,- € mit Erstellung des Prüfungsberichts.	

Jugend- und Kulturausschuss:

vorberatend	beschließend
	<ul style="list-style-type: none">a) Erlass von Richtlinien in der gemeindlichen Jugend- und Kulturpolitik,b) Erlass konkreter Projekte in der Jugendarbeit (Kinder- und Jugendparlament, Theater, Film, Konzerte),c) Festlegung des kulturellen Angebots, <p><u>für Kulturprogramm und Einzelveranstaltungen (z.B. Bürgerkulturfestival):</u> bis zu einem Investitionsvolumen von 500.000,- € Auftragsvergabe Künstlerengagements; Beauftragung der einzelnen Engagements ab Einzelgagen von mehr als 50.000,--€</p> <p><u>für Bürgerfest:</u> bis zu einem Investitionsvolumen von 125.000,- € Auftragsvergabe Künstlerengagements; Beauftragung der einzelnen Engagements ab Einzelgagen von mehr als 50.000,--€</p>

	<ul style="list-style-type: none"> d) Erlass von Richtlinien über die Vergabe von gemeindlichen Räumen bzw. Gebäuden im Rahmen der Jugend- und Kulturarbeit, e) Erlass von Raumprogrammen bei Jugend- und Kultureinrichtungen, f) Vergabe von Fördermitteln an Jugend- und Kultureinrichtungen von über 50.000,- € bis 100.000,- €.
--	--

Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

vorberatend	beschließend
<ul style="list-style-type: none">a) Vorberatung über die Landschaftsplanung und über die Planung aller gemeindeeigenen Grünflächen (insbesondere Sport-, Spiel- und Freizeiteinrichtungen, Friedhöfe, Kleingärten, Geh- und Radwege),b) Vorberatung von Maßnahmen zur schrittweisen Umsetzung der Energievision.c) Ausbau der Onlineangebote, Evaluierung der gemeindlichen Website und Vorberatung zu Möglichkeiten digitaler Bürgerbeteiligung.	<ul style="list-style-type: none">a) Entscheidung in Umweltfragen und des Naturschutzes, insbesondere Abfallvermeidung, -verringering und -beseitigung einschließlich Abwasserentsorgung, Lärmschutzmaßnahmen, Energiesparmaßnahmen, Gewässerreinigung, Bodenschutz und Luftreinhaltung, soweit Aufwendungen von 50.000,- € nicht überschritten werden und die erforderlichen Mittel im Haushaltsplan bereitgestellt sind, und der Bürgermeister aus grundsätzlichen Erwägungen die Sachbehandlung im Gemeinderat nicht für erforderlich erachtet.

Wohnungs- und Sozialausschuss:

vorberatend	beschließend
<ul style="list-style-type: none">a) Senioren- und Familienangelegenheiten.	<ul style="list-style-type: none">a) Vergabe oder Vorschläge für die Vergabe von Wohnungen, soweit die Gemeinde bei der Wohnungsvergabe ein Mitspracherecht hat,b) Festlegung von Sonderbeihilfen (z.B. Weihnachtsbeihilfen) im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsmittel,c) Entscheidung über die Aufnahmen von Kindern in Kindertagesstätten bei jeweiliger Vollbesetzung,



Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts

Die Gemeinde Unterföhring erlässt auf Grund der Art. 20 a, 23, 32, 33, 34, 35, 40, 41, 88 und 103 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern folgende

Satzung

§ 1

Zusammensetzung des Gemeinderats

Der Gemeinderat besteht aus dem berufsmäßigen Ersten Bürgermeister und 24 ehrenamtlichen Mitgliedern.

§ 2

Ausschüsse

- 1) Der Gemeinderat bestellt zur Mitwirkung bei der Erledigung seiner Aufgaben folgende ständige Ausschüsse:
 - a) Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss
 - b) Finanzausschuss
 - c) Jugend- und Kulturausschuss
 - d) Rechnungsprüfungsausschuss
 - e) Wohnungs- und Sozialausschuss.
 - f) Umwelt-, Digital- und Energieausschuss
- 2) Die Ausschüsse a) – c) und e) – f) bestehen aus dem Vorsitzenden und acht ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern. Der Rechnungsprüfungsausschuss d) besteht aus sieben ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern.
- 3) Den Vorsitz in dem in Abs. 1 Buchstabe d) genannten Ausschuss führt ein vom Gemeinderat bestimmtes ehrenamtliches Gemeinderatsmitglied, welches dem Rechnungsprüfungsausschuss angehört.
- 4) Den Vorsitz in den in Abs. 1 Buchstaben a) – c) und e) – f) genannten Ausschüssen führt der Erste Bürgermeister oder einer seiner Stellvertreter im Amt.

- 5) Die Ausschüsse sind im Rahmen ihres Aufgabenbereichs vorberatend tätig, soweit der Gemeinderat selbst zur Entscheidung zuständig ist. Im Übrigen entscheiden sie an Stelle des Gemeinderats als beschließende Ausschüsse.
- 6) Das Aufgabengebiet der Ausschüsse im Einzelnen ergibt sich aus der Geschäftsordnung, soweit es nicht durch gesetzliche Bestimmungen festgelegt ist.

§ 3

Tätigkeit ehrenamtlicher Gemeinderatsmitglieder; Entschädigung

- 1) Die Tätigkeit ehrenamtlicher Gemeinderatsmitglieder erstreckt sich auf die Mitwirkung bei den Beratungen und Entscheidungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse.
- 2) Die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder erhalten für jede Gemeinderats-sitzung, an der sie teilnehmen, ein Sitzungsgeld in Höhe von 80,- € und für jede vor der Gemeinderatssitzung stattfindende Vorinformation, an der sie teilnehmen, ein Sitzungsgeld in Höhe von 50,- €.
- 3) Ehrenamtliche Gemeinderatsmitglieder, die im Rahmen eines öffentlichen Vergabeverfahrens in ein entsprechendes Bewertungs- bzw. Auswahlgremium entsandt werden, erhalten für diese Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung in Form einer Sitzungspauschale in Höhe von 450,00 €. In diesem Fall entfällt eine weitere Entschädigung nach Absatz 9.
- 4) Zum Ausgleich der Aufwendungen für weitere sitzungsunabhängige ehrenamtliche Tätigkeiten erhalten die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder eine pauschale Entschädigung in Höhe von 100,00 € monatlich.
- 5) Weiter erhalten Gemeinderatsmitglieder auf Antrag und gegen Nachweis (geführte Anwesenheitsliste) 50,- € pro Tag für maximal zwei Tage im Jahr für die Teilnahme an einer Klausurveranstaltung/-tagung.
- 6) Ausschussmitglieder der in § 2 Absatz 1 bestellten ständigen Ausschüsse erhalten für jede Ausschusssitzung, an der sie teilnehmen, ein Sitzungsgeld in Höhe von 70,00 €.
- 7) Der Nachweis über die Teilnahme an Sitzungen erfolgt durch Unterschrift in der Anwesenheitsliste.
- 8) Fraktionsvorsitzende erhalten zusätzlich eine monatliche Entschädigung in Höhe von 5,- € pro Fraktionsmitglied.
- 9) Gemeinderatsmitglieder, die Arbeiter oder Angestellte sind, haben außerdem Anspruch auf Ersatz des nachgewiesenen Verdienstaufschalls. Selbstständig Tätige erhalten eine Pauschalentschädigung von 15,- € je volle Stunde für den Verdienstaufschall, der durch Zeitversäumnis ihrer beruflichen Tätigkeit entstanden ist. Sonstige Gemeinderatsmitglieder, denen im beruflichen oder häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen

versäumter Arbeit oder der Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten eine Pauschalentschädigung von 15,- € je volle Stunde. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Sitzung zwischen 17:00 Uhr und 7:00 Uhr stattfindet. Die Ersatzleistungen nach diesem Absatz werden nur auf Antrag gewährt.

- 10) Die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder erhalten für auswärtige Tätigkeiten Reisekosten und Tagegelder nach den Bestimmungen des Bayerischen Reisekostengesetzes.

§ 4 Erster Bürgermeister

Der Erste Bürgermeister ist Beamter auf Zeit.

§ 5 Weitere Bürgermeister

Der / Die Zweite und Dritte Bürgermeister/-in sind jeweils Ehrenbeamte.

§ 6 Inkrafttreten

Die Satzung tritt zum 01.05.2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts vom 15.05.2014 außer Kraft.

Unterföhring, 15.05.2020
Gemeinde Unterföhring

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister